

# STADTRAT AKTUELL

## IN DIESER AUSGABE:

Die Schule und ihr Bezirk	1
Rückblick auf die Stadtratssitzung im Oktober	2-4

## Die Schule und ihr Bezirk

Weiten Raum während der ansonsten recht zügig verlaufenden Stadtratssitzung nahmen erwartungsgemäß Diskussion und Entscheidung über den interfraktionellen Antrag von B90/, CDU/BfM und FDP zur Öffnung von Schuleinzugsbereichen ein (A0058/11). Der Antrag war im April zur ersten Lesung in den Stadtrat eingebracht und dann in den Ausschüssen mit unterschiedlichen Ergebnissen diskutiert worden. Die Gegner – Linke, SPD, Tierschutz - formulierten, dass der Stadt damit das letzte Steuerungsinstrument zur Lenkung von Schülerströmen und somit Erfüllung der Landesvorgaben zu Klassenstärken genommen würde. Der Schulbeigeordnete trug eingangs der Debatte die bekannten Argumente vor. Auch der OB ergriff am Ende der Diskussion und während der Schlussworte der Antragsteller (!) - mehrfach das Wort und stellte fest, dass er bei Zustimmung zu dem Antrag nicht mehr verantworten könne, weitere Schulsanierungen zu befördern und damit kommunales Geld zu investieren, weil erst einmal die Schulen, in denen noch freie Plätze seien, mit Schülern „aufgefüllt“ werden müssten. Er forderte daher eine namentliche Abstimmung. Die Befürworter – CDU/BfM, B90/G, FDP, future – hingegen sehen in der Erarbeitung einer Drucksache, die sich mit der Thematik in ihrer praktischen Umsetzung beschäftigt und die dann der Beschlussfassung durch den Stadtrat bedarf, keinen Grund, Sanierungsmaßnahmen einzustellen. Sie argumentierten, dass Erfahrungen belegen, dass max. 10% der Eltern von dem Angebot

Gebrauch machen würden. Darüber hinaus müsse berücksichtigt werden, dass der einsetzende Wettbewerb sich auch positiv auf die Entwicklung von Schulprofilen auswirken werde. Außerdem werde die strukturelle Ungerechtigkeit „im System“ bekämpft, die dadurch entsteht, dass eine dreistellige Zahl von Ausnahmegenehmigungen beantragt, z.T. erteilt, z.T. verweigert werde.

Durch die Öffnung der Schuleinzugsbereiche schließt keine Schule: Das passiert durch die demografische Entwicklung, und ggf. auch dadurch, dass Eltern eben einfach umziehen sowie durch die vom SPD-Kultusminister forcierte Landesentscheidung zur Öffnung der Gymnasien. Hier sind gravierende – negative - Auswirkungen auf die Sekundarschulen zu befürchten. Die kommunalen Grund- und Sekundarschulen dürfen nicht schlechter gestellt werden als die freien Schulen und die integrierten Gesamtschulen, für die es keine Beschränkungen durch Schuleinzugsbereiche gibt.

Nach knapp zweistündiger Diskussion kam es zur Abstimmung, die denkbar knapp zugunsten des Antrages verlief: 26:25:0. Die beiden future!-Stadträte stimmten für die Öffnung der Schuleinzugsbereiche. Gut für die Antragsteller oder blamabel für die Parteienkoalition aus SPD, Tierschutz und future!

*Hans-Jörg Schuster  
Vorsitzender der FDP-  
Ratsfraktion*



Über das Recherchesystem der Landeshauptstadt Magdeburg können Sie unter <http://bit.ly/bqlpm3> mit Hilfe der angegebenen Nummern die Anfragen, Stellungnahmen und Anträge aufrufen und lesen.

## Wichtige Anträge und Drucksachen

### Wer reist wann mit wem?

Der Stadtrat verabschiedete eine Drucksache (DS0303/11), die sich damit beschäftigt, wie Reisedelegationen, die die Städtepartnerschaften der Landeshauptstadt Magdeburg betreuen, zusammengesetzt und finanziert werden. Auf Initiative der FDP-Fraktion wird die Verfahrensweise in fünf Jahren evaluiert.

### Verwaltung fragt Bürger

Um Entwicklungstrends schneller und genauer vorhersagen zu können und damit Planungen auf ein höheres Niveau zu heben, wird in Magdeburg die zyklische Erhebung von Daten im Rahmen eines Bürgerumfrage-Panels durchgeführt. Der Stadtrat fasste dazu den entsprechenden Grundsatzbeschluss (DS0397/11). Finanziell maßgeblich gefördert wird das Projekt von der I-Bank Sachsen-Anhalt.

### Wie erreicht man am besten den Nahversorger?

Für viel Aufregung im Vorfeld hatte die Drucksache DS0251/11 „Vorhabenbezogener B-Plan westl. der Straße Kümmelsberg“ gesorgt. Anwohner, Marktbetreiber und Investor sowie die Stadt haben offenbar noch erheblichen Diskussions- und Klärungsbedarf, so dass die Drucksache, gemeinsam mit der DS0078/11 in die zuständigen Ausschüsse (Bau und Umwelt) zurück überwiesen wurde.

### Widerstreitende Interessen: Anwohner kontra Investitionsvorhaben

Der B-Plan Nr. 134-7 „Lübecker Str. 2/Insleber Straße“ hat den Stadtrat bereits mehrfach beschäftigt. Zur Erinnerung: Ein Teil der Anwohner ist gegen die Erweiterung der Rechnerkapazitäten von T-Systems. Nun waren eine Drucksache und die Satzung zu beschließen, was der Stadtrat auch mit großer Mehrheit (36:5:3) tat.

### Ottostadt

Das umstrittene Otto-Design soll auch in den Betrieben mit städtischer Beteiligung bzw. nachgeordneten Einrichtungen Anwendung finden – dieser Forderung von FDP und SPD stimmte der Stadtrat in seiner Mehrheit zu (A0059/11).

### Öffnungszeiten der Museen

Die Bündnisgrünen hatten beantragt, ab Jan. 2012 die Öffnungszeiten der MD Museen zu verändern und mind. einmal wöchentlich bis 20.00 h Besuchern den Zutritt zu ermöglichen. In einem Änderungsantrag von FDP und CDU (A0083/11/2) wurde angeregt, der Stellungnahme der Verwaltung zu folgen und erst nach Fertigstellung der Umbauten und Dauerausstellungen Mitte 2013 eine Testphase einzuleiten. Außerdem wird bis dahin das von der FDP geforderte überarbeitete Museumskonzept vorliegen. Dem stimmte der Stadtrat zu.

### Kunst am Bau

Zukünftig sollen bis zu 1% der veranschlagten Baukosten öffentlicher Bauten für Kunst am Bau sowie für die Erhaltung bereits vorhandener Kunst am Bau verwendet werden (A0084/11) – so ein vom SR beschlossener Änderungsantrag des CDU.

### Ein neuer Wirtschaftsraum entsteht

Die Bedeutung der logistischen Optimierung der Nord-Süd-Achse zwischen den Regionen in Skandinavien und den wachsenden Volkswirtschaften in Zentraleuropa sowie den dynamischen Handelsplätzen im Mittelmeerraum nimmt ständig zu. Magdeburg liegt im Zentrum diese Logistikachse. Daher soll geprüft werden, welche Möglichkeiten der Mitarbeit für die Landeshauptstadt bestehen (FDP-A0135/11). Der Antrag wird im Wirtschaftsausschuss beraten.

## Wichtige Anträge und Informationen

Zugestimmt hat der Stadtrat dem FDP-Anliegen, dass der OB zur Haushaltssituation 2012 eine Bürgerversammlung durchführt. Angesichts der unterschiedlichen Positionen der Landesregierung (Finanz- und Innenminister) und der Kommunen (OB Dr. Trümper) soll die interessierte Bevölkerung die Argumente des OBs aus erster Hand hören und diskutieren können. Der OB begrüßte den Antrag und wird im November zu einer solchen Versammlung einladen. In diesem Zusammenhang informierte er kurz, dass erst Ende des Monats mit einer Haushaltsdrucksache gerechnet werden kann. Sie wird zwei Varianten enthalten: a. Landeszuweisungen wie 2011 und b. gekürzte Zuweisungen und daraus resultierende Einsparungen. D.h., auch, dass wir wohl nicht in der Lage sein werden, den HH 2012 in diesem Jahr zu verabschieden. Eine Ausnahme für die Landeshauptstadt – letztmals passiert, als die doppische HH-Führung umgesetzt werden musste, also eher aus technischen Gründen.

nen zeigten sich ebenso irritiert und vor den Kopf gestoßen. Der OB versuchte zu beschwichtigen, dass es sich nur um eine Ausschreibung handele und der Stadtrat das letzte Wort bei der Entscheidung habe und 2012 sowieso nichts passieren würde. Zufrieden war die Mehrheit der Stadträte mit dieser Antwort nicht.



Hyparschale im Aufbau, Bild von 1969, Bildquelle: Bundesarchiv/Wikipedia

Bundesarchiv, Bild 183-H0929-0018-001  
Foto: Ritter, Steffen | 29. September 1969

Der OB hatte zu einem Thema, das seit Jahren viele Magdeburger und auch den Stadtrat beschäftigt, eine Information vorgelegt: zur Hyparschale (I0247/11). Der Vorgang ist ungewöhnlich, weil es seit März d. J. einen Antrag mit mehreren Änderungsanträgen gibt, „Erhalt und Sanierung der Hyparschale“, zu dem bis dato keine Stellungnahme der Verwaltung vorliegt und der daher nicht in den Ausschüssen behandelt wird.

Die Information des Oberbürgermeisters umfasst das Exposé einer Ausschreibung, in der er einem Investor, der ein Nutzungskonzept vorlegt, das von der Stadt akzeptiert wird, d.h. den Interessen der Stadt entspricht, bis zu 1,5 Millionen Euro für die Sanierung der Außenhülle zusagt. FDP-Ratsvorsitzender H.-J. Schuster stellte zu dieser Verfahrensweise eine umfangreiche Anfrage, andere Fraktio-

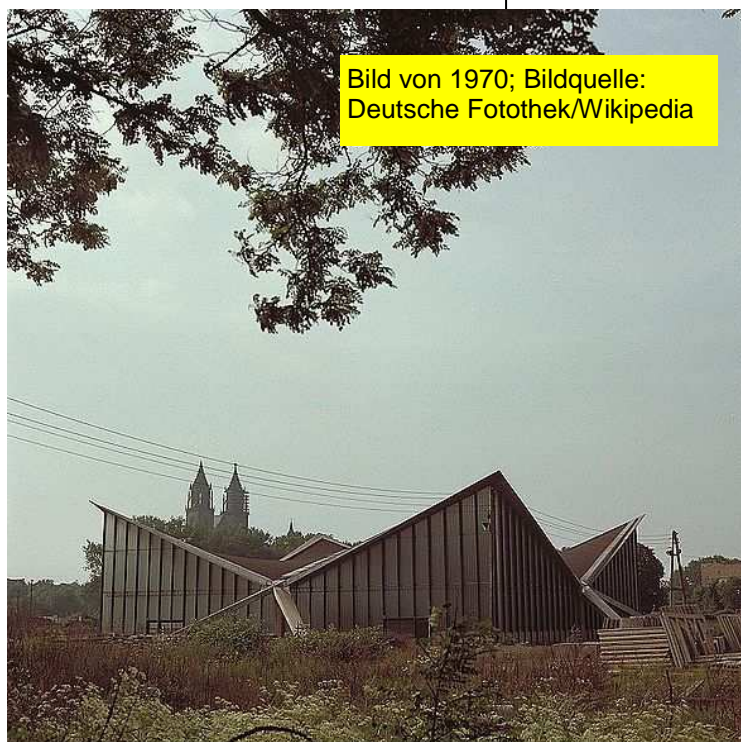


Bild von 1970; Bildquelle: Deutsche Fotothek/Wikipedia

Quelle: Deutsche Fotothek

Über das Recherchesystem der Landeshauptstadt Magdeburg können Sie unter <http://bit.ly/bqlpm3> mit Hilfe der angegebenen Nummern die Anfragen, Stellungnahmen und Anträge aufrufen und

**Impressum:**

FDP-Ratsfraktion  
Alter Markt 6  
39106 Magdeburg  
Tel. 0391-540-2803  
Fax 0391-540-2815  
E-Mail: [fdp\\_fraktion@stadt.magdeburg.de](mailto:fdp_fraktion@stadt.magdeburg.de)

**Twitter:**

[www.twitter.com/fdp\\_stadtrat\\_md](http://www.twitter.com/fdp_stadtrat_md)

**Web:**

[www.fdp-md.de/stadtratsfraktion.html](http://www.fdp-md.de/stadtratsfraktion.html)

**Redaktion:**

FDP-Ratsfraktion

**Fotos:**

FDP-Ratsfraktion, Bundesarchiv, Deutsche Fotothek

Redaktionsschluss:  
17.10.2011

## Carola Schumann: Für die Öffnung der Schuleinzugsbereiche

Seit 2006 dürfen die Kommunen in Sachsen-Anhalt lt. Schulgesetz ihre Schuleinzugsbereiche öffnen. Die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, das haben die Regierungsparteien bisher jedoch versäumt.

Müssen wir deshalb nun bis zum Sankt-Nimmerleinstag mit der Öffnung, nicht Abschaffung, warten? Die FDP-Ratsfraktion verneint diese Frage.

Wir sind der Auffassung, dass die Eltern die Schulwahl verantwortungsbewusst, im Interesse ihrer Kinder, treffen werden. Nicht die Stadt, durch ihre festgelegten Grenzen, sondern sie selbst bestimmen, wo und von wem ihre Kinder wie unterrichtet werden.

Die Eltern werden also die Möglichkeit erhalten, die aus ihrer Sicht für ihr Kind beste Schule zu wählen. Ein kurzer Schulweg wird ins Gewicht fallen. Da die Schulen fester Bestandteil des Gemeinwesens und eng verbunden sind mit der Geschichte des Stadtteils, werden die immer wieder befürchtete Massenwanderung der Schüler und eine Schulschließungswelle aufgrund der geöffneten Schuleinzugsbereiche kaum stattfinden.

Dem immer wieder (mit Recht) geforderten Prinzip „Kurze Beine - kurze Wege“ wird auch mit den festgeschriebenen Schuleinzugsbereichen nicht immer entsprochen - wie am Beispiel der Familie Schienemann (Volksstimme 4.10.2011) deutlich wird. Dieser Forderung kann aber mit geöffneten Schuleinzugsbereichen besser Rechnung getragen werden. Dafür müssen dann in der vom Oberbürgermeister zu erarbeitenden Drucksache die entsprechenden Festlegungen getroffen werden. Darin müsste dann u.a. festgelegt werden, dass jedes Kind einen Anspruch auf Aufnah-

me in die seiner Wohnung nächstgelegene Grundschule der gewünschten Schulart im Rahmen der festgelegten Aufnahmekapazität hat und die Schule im Rahmen freier Kapazitäten andere Kinder aufnimmt.

Schulen in freier Trägerschaft und die integrierten Gesamtschulen werden bereits heute über Stadtteilgrenzen hinaus besucht, hier gibt es keine Einschränkungen. Unseren kommunalen Schulen wollen wir dieses Recht auch zugestehen.

Unserer Auffassung nach ist die Entscheidung für die Öffnung der Schuleinzugsbereiche eine Entscheidung für mehr Rechte der Eltern, eine Entscheidung für und nicht - wie die Kritiker meinen - gegen unsere Kinder.

Wir warten gespannt auf die Drucksache des Oberbürgermeisters und bieten unsere Hilfe bei der Erarbeitung an.



*Carola Schumann  
Bildungspolitische  
Sprecherin der FDP-  
Ratsfraktion*

Zuordnung der Schulbezirke in Magdeburg siehe:

[http://www.magdeburg.de/B%C3%BCrger/Forschung\\_Bildung/Schulen/](http://www.magdeburg.de/B%C3%BCrger/Forschung_Bildung/Schulen/)

